
Gegen den Stachel locken -

Gespräch mit Ulf Fink über Volksparteien, CDU und Gewerkschaften*

Ulf Fink, geb. 1942 in Freiberg/Sachsen, Studium der Volkswirtschaft in Marburg, Hamburg und Bonn, war Hilfsreferent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dann Leiter der Planungsgruppe Gesellschaftspolitik im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Rheinland-Pfalz. 1977 wechselte er in die CDU-Bundesgeschäftsstelle. 1979 wurde er Bundesgeschäftsführer der CDU, 1981 Senator für Gesundheit, Soziales und Familie des Landes Berlin. Seit Oktober 1977 ist er Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und seit Mai 1990 auch stellvertretender DGB-Vorsitzender.

Frage: Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen - zumindest in der ehemaligen Bundesrepublik-, daß viele bisherige Stammwähler sich umorientieren. Das betrifft bei der SPD Teile der Arbeitnehmer, während die CDU bei Bauern und Landbevölkerung verliert. Die klassischen Milieus scheinen sich aufzulösen, und die Bindung an Politik insgesamt scheint dramatisch nachzulassen. Stimmt das Konzept der Volksparteien nicht mehr?

Antwort: Zunächst einmal würde ich diese Analyse nicht uneingeschränkt teilen. Nach wie vor ist die Parteienlandschaft in Deutschland verhältnismäßig stabil, jedenfalls im Vergleich zur Zersplitterung des Parteienspektrums in anderen westeuropäischen Ländern. Und nach wie vor ist es so, daß die beiden großen Parteien, die Union und die SPD, die Wähler noch immer in einer Größenordnung von etwa 80 bis 85 Prozent an sich binden. Das gilt auch für die Wahlbeteiligung, die im Verhältnis etwa zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder anderen Ländern nach wie vor sehr hoch ist. Dennoch darf man nicht verkennen, daß sich neue Parteiengruppierungen herausgebildet haben, und das signalisiert, daß bestimmte Bedürfnisse von den Volksparteien nicht oder nur unzulänglich angesprochen werden. Daß der Grad der Wahlbeteiligung nicht steigend, sondern in manchen Bereichen deutlich rückläufig ist, ist ebenfalls ein Warnzeichen für die Volksparteien. Dennoch finde ich es begrüßenswert, daß sich traditionelle Milieus auflösen. Wenn die beiden großen Parteien, Union wie SPD, die zwar nicht um identische, aber doch um in großen Teilen ähnliche Wählerschichten konkurrieren, gleichzeitig hiervon betroffen sind, beinhaltet das eben auch die Notwendigkeit, sich mit der eigenen Programmatik nach mehrheitlichen Wählerwünschen auszurichten. Das führt zwar vordergründig zu einem geringeren Maß an Identität oder klarem Profil, aber das muß dann kein Nachteil sein, wenn es den Volkspar-

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 18. Februar 1991 in Düsseldorf.

teien gelingt, ihre Willensbildung durch die Vereinigung unterschiedlicher Einzelinteressen zu bündeln und dadurch gezielt neue Gruppen und Schichten anzusprechen, und bestimmten Themen mehr Gewicht zu geben.

Die Volksparteien müßten also eine Art Vielfalt in der Einheit anstreben?

Ja. Ich glaube, daß dazu drei Kriterien erfüllt sein müssen: Das erste Ziel ist ein erkennbares programmatisches Profil, und das ist den beiden großen Parteien in Deutschland nach wie vor verhältnismäßig gut gelungen. Es gibt sogar gleiche Formulierungen, etwa die Begriffe Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, allerdings werden sie jeweils anders gefüllt. Der zweite Aspekt ist die unterschiedliche Verankerung der Parteien im vorparlamentarischen Raum. Aber auch da gibt es sehr starke Bemühungen beider Volksparteien, in das Milieu der jeweils anderen stärker einzudringen. Die SPD versucht zum Beispiel, ein neues, intensiveres Verhältnis zu den Kirchen zu entwickeln, und umgekehrt unternimmt die CDU verstärkte Anstrengungen, sich über die Sozialausschüsse mehr im gewerkschaftlichen Raum zu verankern. Der dritte Aspekt ist derjenige, daß bestimmte Themen auch da, wo man den Versuch unternimmt, sie unterschiedlich zu beantworten, unter dem Druck der Ereignisse oft eine gleichgeartete Antwort erfahren, wie sich das zum Beispiel beim Thema „deutsche Einheit“ gezeigt hat.

Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und den ersten gesamtdeutschen Wahlen hat sich das bundesdeutsche Parteiensystem im wesentlichen auch in der ehemaligen DDR durchgesetzt. Die CDU ist aus dieser Wahl als stärkste Partei hervorgegangen und hat den größten Teil der Arbeiterstimmen gewinnen können. Welche programmatischen Schlußfolgerungen lassen sich hieraus und vor dem Hintergrund des immer deutlicheren wirtschaftlichen Zusammenbruchs in der ehemaligen DDR ableiten?

Die Entwicklung in Ostdeutschland ist viel schwieriger, als dies erwartet worden ist, und insofern haben sich manche sozialdemokratische Prophezeiungen, nicht was das „Nationale“, eher was das „Soziale“ angeht, durchaus bewahrheitet — was allerdings niemandem hilft. Man kann ja deshalb die Einheit nicht rückgängig machen. Die Antwort darauf kann eigentlich nur lauten, daß die Anstrengungen vergrößert und verstärkt werden müssen, der Probleme Herr zu werden. Vielleicht hatten viele in der Union geglaubt, die soziale Frage leichter lösen zu können, wenn zunächst die nationale Frage gelöst sei. Die soziale Frage erfordert aber ähnlich große Anstrengungen wie die Wiedervereinigung selbst. Ich habe auch den Eindruck, daß die Union noch ein bißchen über die vielen Liebesbeweise, die sie durch die Arbeiterschaft bekommen hat - in Westdeutschland haben fast 40 Prozent, in Ostdeutschland 50 und in Sachsen sogar 60 Prozent der Arbeiter die Union gewählt - erschrocken ist. Wie soll die Union damit umgehen? Wenn sie diese Stimmen halten will, kommt sie überhaupt nicht daran vorbei, sich wieder sehr viel stärker an den Ursprüngen ihrer Gründung zu orientieren. Man darf ja nicht vergessen, daß es die Christlich-Sozialen, die Arbeitnehmer und

die Gewerkschafter waren, die die Union gegründet und ihr wesentliche Programmimpulse gegeben haben. Das Ahlener Programm zum Beispiel ist von Menschen konzipiert worden, die christlich-sozial orientiert waren.

Wie müßte denn heute ein christlicher Sozialismus, der in den ersten Nachkriegsjahren mit Namen wie Jakob Kaiser und Karl Arnold verbunden war, aussehen?

Er müßte modern interpretiert werden. Jakob Kaiser würde ja heute auch nicht die gleichen Wege wie zu Beginn der fünfziger Jahre vorschlagen. Wenn ich eine demokratische Gesellschaft erreichen will, muß ich die politische Macht auf viele Schultern verteilen, das gilt früher wie heute. Eine zweite Frage ist, wie ich eine möglichst hohe Effektivität der Wirtschaft bei gleichzeitiger breiter Verteilung der daraus resultierenden Früchte erreichen kann. Dabei würde niemand mehr, nach den Erfahrungen, die inzwischen mit dem Sozialismus gemacht worden sind, die Einführung von Gemeineigentum vorschlagen, weil das Gemeineigentum an Produktionsmitteln erkennbar nicht zu einer hohen Effektivität geführt hat und schon gar nicht dazu, daß breite Schichten wirklich davon profitiert hätten. Man muß heute also neue Inhalte des „christlichen Sozialismus“ bestimmen, etwa den Ausbau der Mitbestimmung und eine sehr viel breitere Streuung des Eigentums am Produktivkapital.

Noch einmal zur Situation in der ehemaligen DDR. Muß den Leuten dort, denen etwa versprochen worden ist, daß es niemandem schlechter und vielen besser gehen werde, jetzt nicht das Vertrauen in die Politik oder in die politischen Parteien verloren gehen, zumal kein Konzept vorhanden zu sein scheint, aus dem sie Hoffnung schöpfen könnten?

Man neigt immer dazu, die jeweilige Erfahrung in die Zukunft zu extrapolieren. So war im letzten Jahr, angesichts des absoluten Niedergangs der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der ehemaligen DDR, die Euphorie, daß gleich morgen alle Probleme von 40 Jahren Sozialismus überwunden sein könnten, ungeheuer groß. Denn wenn man eine Revolution machen konnte, die ein Land aus dem Ostblock befreite, warum sollte es dann nicht auch möglich sein, von heute auf morgen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so zu verändern, daß alle Menschen im Wohlstand leben. Diese Euphorie hat sich als trügerisch herausgestellt, und wir sehen jetzt, wie tief die Wirtschafts- und Gesellschaftsmisere ist, in der die Menschen in der ehemaligen DDR stecken. Nun neigen wir wieder dazu, auch dies in alle Zukunft zu verlängern. Ich glaube, daß das nicht richtig ist, und daß sich im Laufe der nächsten drei oder vier Jahre die Entwicklung in Ostdeutschland zum Positiven wenden wird. Die Bedingungen dazu sind doch viel besser als etwa die für die Polen oder Tschechen.

Ende der zwanziger Jahre hat es in Deutschland schon einmal eine katastrophale ökonomische Krisensituation gegeben, die ebenfalls zu einer starken

Parteienverdrossenheit führte, und die den Weg zu Hitlers Machtergreifung mit bereitet hat. Auch wenn sich das so wohl nicht wiederholen wird - muß die wachsende Politikverdrossenheit den politischen Parteien nicht zu denken geben?

Viele Menschen richten an die Politik Erwartungen, die von ihr überhaupt nicht eingelöst werden können. Die Politik ist daran oft nicht unschuldig, weil sie den Eindruck vermittelt hat, als ob sie alle Probleme lösen könne. Ich will auch nicht leugnen, daß die Politik zur Zeit vor der sehr schwierigen Aufgabe steht, den Bedürfnissen zweier unterschiedlicher Gesellschaften, nämlich einer postmateriellen Gesellschaft in Westdeutschland und einer fast als prä-industriell zu bezeichnenden Gesellschaft in Ostdeutschland gleichzeitig gerecht zu werden. Das muß zu extremen Spannungen führen. Aber wenn es uns nicht gelingt, diese Spannungen wirklich auszuhalten und ihnen gerecht zu werden - und das ist letztlich nur mit einem Wiederaufbaupakt möglich -, wie wollen wir dann ein gemeinsames Europa schaffen? Wenn wir nicht einmal Frankfurt an der Oder integrieren können, wie wollen wir dann beispielsweise Sizilien integrieren, geschweige denn einen wirklichen Verbund mit Wladiwostok machen.

Liegen viele Schwierigkeiten vielleicht auch darin begründet, daß den Wählern oft genug nicht die Wahrheit gesagt wird, daß unbequeme Dinge nicht laut und deutlich genug artikuliert und interpretiert werden?

Die Unsicherheit war zunächst vielfach finanziell und ökonomisch begründet. Ich denke, daß die finanziellen Mittel, die inzwischen für die ehemalige DDR bereitgestellt worden sind, fürs erste ausreichen. Aber es geht ja nicht nur um die Wirtschaft, es geht um die völlig andere Mentalität von 16 Millionen Menschen, die 40 Jahre lang in einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gelebt haben und dadurch geprägt wurden. Um ein solches Problem bewältigen zu können, bedarf es neuer politischer Mittel und Methoden und eines neuen gedanklichen Ansatzes. Wir werden die klassische Unterteilung - hier Regierung und da Opposition - aufgeben müssen. Die Regierung muß ein Angebot machen, wie die Opposition und auch die anderen gesellschaftlichen Gruppen in die politischen Entscheidungen eingebunden werden können. Und sie muß eben auch deutlich machen, daß, wenn Opfer zu tragen sind, die Opfer wirklich von allen gemeinsam getragen werden.

Politische Parteien integrieren Interessen, indem sie sie in ihren Apparaten besonders berücksichtigen. Wie ist hier das Verhältnis von CDA und CDU? Von außen hat man eher das Gefühl, daß der Einfluß der Sozialausschüsse nicht besonders groß ist und die CDU sich mit ihnen schwer tut.

Die CDU tut sich in der Tat schwer mit uns. Das betrifft noch mehr ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Aber wenn es der Union gelungen ist, die Aussöhnung mit der Sowjetunion zu vollziehen, dann müßte ihr eigentlich die Aussöhnung mit den deutschen Gewerkschaften auch glücken. Sie muß das

aus eigenem Interesse anstreben. Die Gewerkschaften sind an einem guten Arbeitsverhältnis zur jeweiligen Regierung interessiert - insbesondere zu einer Regierung, die soeben für vier Jahre wiedergewählt ist, und zu der es auch bei den nächsten Bundestagswahlen möglicherweise noch keine Alternative geben wird. Das würde bedeuten, daß man lange Zeit mit dieser Regierung zu tun haben wird. Umgekehrt muß aber auch die Regierung, und dort vor allem die stärkste Regierungspartei, daran interessiert sein, ein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften zu haben. Bei einer Organisation mit immerhin 10 Millionen Mitgliedern, in der vor allem in Ostdeutschland auch ein hoher Anteil an CDU-Arbeiterwählern vertreten ist, sollte die Union ihre Wähler nicht in die Schwierigkeit bringen, sich zwischen ihr und den Gewerkschaften entscheiden zu müssen.

Wie ernst sind denn diese Annäherungsversuche? Von Seiten der Gewerkschaften gibt es eine ganze Reihe deutlicher Angebote. Wie sieht es mit den Liebesbeweisen der CDU konkret aus?

Als Gewerkschafter sage ich, daß es bedeutend mehr sein könnte. Es gibt aber einiges in der Koalitionsvereinbarung, was gut ist: zum Beispiel die Erweiterung des Erziehungsgeldes, die Beschäftigungsgarantie bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes, das Recht auf Kindergartenplätze oder die erweiterte Freistellung bei Erkrankung des Kindes. Auch auf dem Feld der Ökologie gibt es durchaus beachtliche Beschlüsse in der Koalitionsvereinbarung sowie einiges im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Noch wichtiger ist aber, daß auch die Regierung erkannt hat, wie schwer es ist, in Ostdeutschland die Dinge zu gestalten, und daß sie deshalb das Angebot zum sozialen Dialog gemacht hat. Ich finde es richtig, angesichts gemeinsamer Probleme auch vertrauensvoll miteinander zu reden und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Das ist keine Kumpanei, sondern das muß sein, wenn man die Probleme lösen will. Gewerkschaften sind zwingend darauf angewiesen, daß Gesetzgeber und Regierung sich ebenfalls zur Zusammenarbeit verpflichtet fühlen, weil sie mit eigenen Mitteln allein nicht in der Lage sind, die ökonomische Situation in der DDR zu verbessern. Umgekehrt kann auch die Regierung mit ihren sehr viel wirkungsvolleren Mitteln die vielen Aufgaben alleine nicht lösen. Sie braucht die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Wichtig ist, daß sich diese Einsicht in der letzten Zeit durchgesetzt hat.

Die Gewerkschaften sind weit davon entfernt, in einer wirklich guten Verfassung zu sein, auch wenn sie in den neuen Ländern sehr viele Mitglieder gewonnen haben und sie sehr viel stabiler dastehen als anderswo in Europa. Ist der notwendige Umbau der Gewerkschaften angesichts der vordringlichen Auseinandersetzung um die schwierige ökonomische Lage zur Zeit überhaupt zu bewältigen?

Ich bin noch nicht lange hauptamtlich in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Aber ich bin eigentlich stolz, Teil dieser Bewegung zu sein, in der sich freiwillig

10 Millionen Menschen zusammengeschlossen haben. Das ist eine organisatorische Leistung, die nicht hoch genug zu veranschlagen ist und die nicht denkbar wäre, ohne eine grundlegende Übereinstimmung der Mitglieder mit ihren Gewerkschaften. Trotzdem ist bei uns nicht alles in Ordnung. Das erste ist, daß sich die Lebensinhalte und die Lebensgefühle der Menschen vervielfältigen. Dem kann man nur gerecht werden, wenn man bereit ist, vielfältigere Antworten zu ermöglichen. Das ist sehr viel schwerer als den Menschen nur *eine* Antwort zu geben und sie darauf zu verpflichten. Das ist im klassischen Organisationsprinzip von Gewerkschaften nur mühsam durchzusetzen. Aber es ist notwendig, wenn wir den heutigen Problemen gerecht werden wollen. Insofern brauchen wir einfach mehr beschlußfreie Räume. Die zweite Frage ist, wie wir miteinander diskutieren. Wir brauchen eine neue Diskussionskultur, in der jemand nicht gleich als Abweichler angesehen wird, wenn er eine neue und vielleicht auch ungewohnte Meinung vertritt. Wir müssen erreichen, daß bei uns mehr diskutiert wird. Und wir müssen neue Fragenkomplexe aufnehmen, etwa die Ökologie.

Die Parteien und auch die Gewerkschaften sind zum Teil schon 100 Jahre alt. Gibt es da nicht auch eine Tendenz zur Erstarrung von Strukturen und Apparaten? Ist da bei aller guten Tradition nicht auch Kalkansatz feststellbar?

Das kann man nur ändern, wenn die Menschen in den Gewerkschaften und in den Parteien bereit sind, gegen den Stachel zu locken und sich dabei auch eine Beule zu holen.